

Kommunal финанzen

Bund in der Verantwortung

> Karo Otte

159 Milliarden Euro – so hoch türmt sich der Rückstand an Investitionen in Kommunen. Das Ergebnis sind desolate Schultalletten, Busse im ÖPNV aus dem letzten Jahrtausend und löchrige Turnhallendächer. In Zukunft muss außerdem viel mehr in Klimaschutz investiert werden. In diesem Winter schlägt sich in den Heizkosten vieler Kommunen nieder, dass energetische Sanierungen ausgeblieben sind.

Finanzminister Lindner schreibt derweil im September in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Der Bund braucht einen ‚freien Rücken‘ für seine originären Zuständigkeiten.“ Kinderbetreuung, Regionalverkehr und kommunaler Klimaschutz fielen laut Lindner nicht darunter, die Länder seien hier in der Verantwortung.

Dieses Versteckspiel um die Zuständigkeiten geht an der Realität vorbei, denn gute Kitas oder die Mobilität im ländlichen Raum sind von gesamtstaatlichem Interesse. Wir können keine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse fordern und uns als Bund aus der Verantwortung ziehen, sobald es ums Geld geht.

Außerdem ist klar: Kein Bundesland hat dem Pariser Klimaschutzabkommen zugestimmt, sondern die Bundesrepublik Deutschland. Die enormen Kosten der Klimakrise zeigen, dass Klimaschutz keinesfalls „freiwillig“ sein darf. Studien gehen von 19 bis 25 Milliarden Euro jährlichem Investitionsbedarf in den Kommunen aus.

Offensichtlich hat Lindner kein weiteres Interesse an unangenehmen Finanzdebatten in Berlin und ganz sicher will er nicht hören, dass die Schuldenbremse kein Na-

turgesetz ist und auch die Einnahmeseite im Bund verbessert werden könnte. Das aber genau können Länder nicht und schon gar nicht Kommunen, denn für größere fiskalpolitische Fragen ist der Bund mit zuständig. Länder können ihren kommunalen Finanzausgleich anpassen und das ist ein wichtiger Beitrag, den wir einfordern sollten. Bund und Länder müssen jedoch endlich an einem Strang ziehen, denn der enorme Bedarf an zusätzlichen Mitteln im System, kann nur durch bundesweite Einigungen gestillt werden.

Eine strukturell unterfinanzierte kommunale Ebene kann sich fast nicht selbst behelfen. Und finanzschwache Kommunen fallen regelmäßig zusammen mit einer besonders finanzschwachen Bevölkerung, die in besonderem Maß darauf angewiesen ist, dass Jugendsozialarbeit, gut ausgestattete Schulen und ein günstiger Personennahverkehr angeboten werden.

Wir brauchen starke Kommunen, gerade dort, wo Menschen nicht allein zurechtkommen. Für starke Kommunen braucht es einen Bund, der seine haushaltspolitische Handlungsfähigkeit nicht auf dem Rücken von Ländern und Kommunen herstellt, sondern Verantwortung für das föderale Finanzsystem übernimmt und Vermögen und Einkommen gerecht besteuert.

> Karoline Otte MdB ist unter anderem zuständig für Kommunalpolitik in der Grünen Bundestagsfraktion. Zudem ist sie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags.



Foto: Mathilde Möller